

Natur- und Umweltschutz in Politik und Verwaltung bringen ...

Koordinationsstelle für naturschutzfachliche Verbandsbeteiligung – Erfolgsmodell einer kommunalen verbandlichen Kooperation

Naturschützer bringen oft sehr detaillierte Fachkenntnisse spezieller Artengruppen und fundierte Ortskenntnisse mit. Ihre Beobachtungen reichen meist über einen langen Zeitraum. Solche Detailkenntnisse sind hilfreich und wichtig, um Sachverhalte bei Entscheidungen über Planungen und Anträge richtig einschätzen zu können - auch für die Verwaltung und Politik.

Das Problem ist: Wie transportiert man diese Kenntnis in laufende Verwaltungsverfahren? Wie verschafft man den Belangen von Natur- und Umweltschutz auch in der Politik ausreichend Gehör? Antragsteller und Lobbygruppen bringen ihre Vorhaben und wirtschaftliche Interessen mit viel Vehemenz und Nachdruck ein – die Natur schweigt ...

Mit der Einführung der Verbandsbeteiligung in den 1980er Jahren hat sich die rechtliche Situation für die Belange des Naturschutzes deutlich verbessert. Den anerkannten Naturschutzverbänden wurde in Vertretung der Gesamtbevölkerung das Recht zur Beteiligung und zur Klage bei vielen umweltrelevanten Verfahren ermöglicht. Allerdings sind die rechtlichen und formalen Rahmenbedingungen für derartige Verfahren ständig komplexer und die Anträge entsprechend vielschichtiger geworden – ehrenamtlich kaum mehr zu bewältigen.

Wer mitreden will, braucht Fachkompetenz und Lobby. Mit dieser Absicht haben die aktiven Natur-, Umwelt-

und Heimatschutzverbände im Landkreis Osterholz schon vor mehr als 15 Jahren die Koordinationsstelle für naturschutzfachliche Verbandsbeteiligung (KNV) unter dem Dach der BioS gegründet. Als „Schnittstelle“ zwischen ehrenamtlichem Naturschutz und Behörden werden seitdem über die KNVzentral für alle Verbände die Antragsunterlagen gesichtet, Fragestellungen mit der Verwaltung einerseits und den einzelnen Verbänden andererseits geklärt und die Stellungnahmen für die einzelnen Planungsverfahren erarbeitet. Die KNV nimmt an den Behördenterminen wie Planungs-, Scooping- oder Erörterungsgesprächen teil und trägt die Informationen in die Verbände weiter.

Umbrüche und Wendepunkte: Seit dem Jahr 2000 hat sich in der Verbandsbeteiligung viel getan. Manches zum Guten, manches zum weniger Guten ... die Voraussetzungen und auch die Arbeitsfelder der KNV haben sich jedenfalls deutlich gewandelt.



Feier zum fünfjährigen Jubiläum der KNV auf dem Weyerberg

Aus 3 werden 10: Aus den ursprünglich drei beteiligten Naturschutzverbänden und -initiativen sind inzwischen 10 geworden – alle im Landkreis Osterholz aktiven Umweltschutzverbände arbeiten seit

mittlerweile über 10 Jahren bei der Verbandsbeteiligung zusammen.

Beteiligung an der kommunalen Bauleitplanung: Neben der verpflichtenden

Beteiligung über das Bundesnaturschutzgesetz werden die Verbände inzwischen von 6 der 7 Gemeinden im Landkreis frei-



Neu angelegtes Kleingewässer an der Wörpe als Kompensationsmaßnahme für den Bau der Straßenbahn Linie 4.

willig als Träger öffentlicher Belange bei der Bauleitplanung beteiligt. Das betrifft nicht nur die Ausweisung von neuen Wohnbaugebieten, flächenmäßig sicherlich die relevantesten Eingriffe, sondern auch die Neuaufstellung und die Änderung von Flächennutzungsplänen, mit denen die Grundlage für die Entwicklung einer Kommune festgelegt wird. Mit Ausnahme der Gemeinde Grasberg beteiligen alle Kommunen des Landkreises die Naturschutzverbände über die KNV an ihren Planungen.

Breitere Basis der Zusammenarbeit:

Seit 2003 hat sich das Aufgabenfeld auf Planungen und Projekte im Bereich der Regionalentwicklung erweitert. Themen und Projekte wie die Regelung der Hammewasserstände durch die Ritterhuder Schleuse, die Sonder- und Wegekonzepte für die Umsetzung des GR-Gebiets Untere Hammeniederung, „Lernende Region“, „Regionen aktiv“, „Dorferneuerungsverbund Teufelsmoor“ oder die Vertretung der Naturschutzverbände im „Wassernetz Bremen-Niedersachsen“ zur Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie gehören zu den Themenfeldern, die durch die KNV mit vertreten wurden oder werden.

Zunehmende Einschränkung der Verbandsbeteiligung in Niedersachsen: Die schwarz-gelbe Landesregierung hat

ab 2003 die Beteiligungsmöglichkeiten für die Naturschutzverbände zunehmend eingeschränkt. Niedersachsen reduzierte die Verbandsbeteiligung auf das vom BNatSchG verbindlich vorgeschriebene Maß und schränkte Fristen und Informationen noch weiter ein. Zum Beispiel fallen seitdem Torfabbauvorhaben kleiner als 10 ha wie viele andere, „kleinere“ Vorhaben, die in einer Gemeinde oder einem Gemeindeteil des Landkreises, den Jagdrevieren oder Angelbezirken der ehrenamtlich tätigen Verbandsmitglieder stattfinden, nicht mehr unter die beteiligungspflichtigen Vorhaben.



Wird der Verbandsbeteiligung die Lebensader nahezu abgeschnitten?

Mehr Rechte für den Naturschutz durch die EU: Völlig gegenläufig ist die Entwicklung auf EU-Ebene. Die Umsetzung der internationalen Umweltvereinbarung in Aarhus („Aarhus-Konvention“) in nationales Recht, aber auch verschiedene EU-Urteile zur FFH-Richtlinie und zum Artenschutzrecht bringen ein „mehr“ an Information, Beteiligung und rechtlichen Möglichkeiten für die Verbände mit sich. Die Verbände nutzen ihre neuen Rechte über das Umweltinformationsgesetz (UIG), das Öffentlichkeitsbeteiligungsgesetz, das Umweltrechtsbehelfsgesetz oder das Umweltschadensgesetz.

Unterstützung durch den Landkreis:

Über die Nutzung der neuen „Rechte“ sind grundsätzlich alle umweltrelevanten Informationen abrufbar. Der Aufwand ist aber immens. Wie erfährt man überhaupt von den nicht öffentlichkeitsbeteiligungspflichtigen Verfahren? Wer besorgt wie die Informationen? Der Landkreis Osterholz schätzt die koordinierte Verbandsbeteiligung und unterstützt diese, indem er die KNV über das gesetzlich vorgeschriebene Maß hinaus nach wie vor schriftlich über alle relevanten Verfahren informiert. Auch die Möglichkeit zur Beteiligung bleibt weiterhin bestehen. Darüber hinaus fördert er die gemeinsame Arbeit der Verbände mit einem jährlichen Zuschuss. Denn auch für die Verwaltungsvorgänge ergeben sich durch den „heißen Draht“ und die gute Qualität der Stellungnahmen sowohl zeitlich als auch qualitativ ein Gewinn. Trotz der finanziellen Abhängigkeit arbeitet die KNV fachlich und politisch unabhängig. Die Unterstützung hat sich bisher nicht als Maulkorb für die inhaltliche Arbeit erwiesen.

Die Bevölkerung aktivieren: 15 Jahre KNV zeigen immer deutlicher, dass der Erfolg der KNV-Stellungnahmen nicht nur rein fachlich bedingt ist. Die politische Gewichtung und Abwägung verändert sich, wenn Bürgergruppen für die Umweltbelange gewonnen werden und Öffentlichkeit hergestellt werden kann. So ermöglichte die Zusammenarbeit mit der Bürgerinitiative gegen die Errichtung eines Windparks im Bereich eines international

bedeutsamen Kranichrastgebiets bei Heudorf die Finanzierung eines artenschutzrechtlich spezialisierten Rechtsanwalts. Die Zusammenarbeit mit der Bürgerstiftung Lilienthal gegen die Ausweisung des neuen Baugebiets unmittelbar an den Ufern der Wörpe veränderte die politischen Mehrheiten im Lilienthaler Rat Die Fach- und Sachinformation für interessierte Bürger in allgemeinverständlicher Sprache ist daher ein wichtiger Bestandteil und großes Anliegen der KNV-Arbeit geworden.

Mit der **KNV** ist ein Forum zum regelmäßigen Austausch entstanden, das auch für die einzelnen Verbände großen Wert hat. Gegenseitige Informationen, das gemeinsame Arbeiten an einer Sache und die Erörterung strittiger Themen haben Vorurteile und Hemmschwellen fühlbar schmelzen lassen. Unterschiedliche Standpunkte und Auffassungen in einzelnen Punkten müssen nicht verschwiegen werden, nehmen

aber in den gemeinsamen Bemühungen um eine nachhaltige Planung einen erfreulich geringen Anteil ein. Eine neue Herausforderung kommt mit der Sicherung der Natura 2000-Gebiete durch nationales Recht auf uns zu. Hier gilt es, innerhalb der Naturschutzverbände die Schutzbestrebungen einerseits und die Nutzungsrechte wie Jagd und Fischerei andererseits unter einen Hut zu bringen. Die Arbeit bleibt spannend.

Die freiwillige gute Zusammenarbeit zwischen Naturschutzverbänden und Verwaltung, wie sie bei uns im Landkreis praktiziert wird, wird in Zukunft immer mehr an Bedeutung gewinnen.[JK]



Im KNV-Fachausschuss treffen sich die Verbände regelmäßig zur Erörterung aktueller Vorhaben